

## KURZ NOTIERT

von Luise Malchert

Die Autorin ist  
Südostasien-  
wissenschaftlerin  
an der Uni Bonn.

### Neues NGO-Gesetz verzichtet auf Strafen

Ende Juni 2014 ist das neue Gesetz zur Registrierung von NGOs vom Parlament angenommen worden, es trägt den Namen Association Registration Law. Von der burmesischen wie der internationalen Zivilgesellschaft wird das Gesetz als bedeutende Entwicklung im Reformprozess des Landes angesehen. Es enthält Verfahren zur freiwilligen Regis-

trierung nationaler und internationaler NGOs, sieht aber keine Strafen vor, ein vollkommen neuer Umgang der Regierung mit NGOs. Das neue Gesetz löst das kurz nach der Machtübernahme der Militärs im Jahre 1988 erlassene Law Relating to Forming of Organizations No. 6/88 ab. Das Gesetz sah drakonische Strafen vor und verhinderte mit allgemein

gehaltenen Einschränkungen fast jede Registrierung ziviler NGOs, hatten sie keine enge Beziehung zum damaligen Machtapparat. Für die Mitgliedschaft in einer nicht registrierten NGO sah das Gesetz zum Beispiel eine Freiheitsstrafe von bis zu drei Jahren vor.

*Irrawaddy 1.7.2014*

### Entwurf über Konvertierungsgesetz bedroht Religionsfreiheit

Im Mai 2014 veröffentlichte die Regierung die erste Version des Konvertierungsgesetzes und verursachte damit einen internationalen Aufschrei. Dem Gesetzesentwurf zufolge ist für einen Glaubenswechsel die Zustimmung der Behörden erforderlich, zudem müssen Konvertierungswillige Befragungen durch die Behörden über sich ergehen lassen, um den wahren Glauben in die neue Religion zu versichern. Neben diesem starken Eingriff in die Religionsfreiheit sieht das Gesetz auch eine Freiheitsstrafe vor, sollte der Verdacht der Beleidigung oder Zerstörung von Religion durch den Akt der Konvertierung aufkommen.

Das Gesetz ist eines von vier gerade im Entstehen begriffenen Gesetzen zum Schutz von Rasse und Religion, weitere Gesetze sind das Heiratsgesetz, das Heirat von Verschiedenläubigen verhin-

dern soll, das Monogamiegesetz und das Gesetz zur Bevölkerungskontrolle. Die Gesetze zielen vor allem auf die rund 2,2 Millionen starke muslimische Minderheit des Landes, die seit 2012 Diskriminierung und Gewalt ausgesetzt ist. Mit dem Eingriff des Staates in die persönliche Freiheit, zu einem anderen Glauben zu konvertieren, folgt Burma ausgerechnet Malaysia: In Regionen, wo die islamistische Partei PAS die lokale Regierung stellt, ist die Abkehr vom Islam eine Straftat.

Die Gesetzesinitiativen rufen Erinnerungen an die 1960er Jahre hervor, als aus Burma ein buddhistischer Staat und aus dem Buddhismus die Staatsreligion werden sollte. Burma befindet sich in einer von den Militärs geplanten und durchgeführten Transition, noch ist das Ziel unbekannt. Initiativen zu Friedensverhandlungen mit ethnischen

Minderheiten, das Zulassen persönlicher Freiheiten, Presse- und Meinungsfreiheit geben Anlass zu vorsichtigem Optimismus, auch wenn bereits tiefe Risse zutage treten. Die größte Gefahr für eine Versöhnung im Vielvölkerstaat sind jedoch anti-muslimischer Hass und Gewalt, geschürt von nationalistischen Mönchen und einer radikal-buddhistischen Bewegung. Angst und religiöser Hass sind in der Geschichte stets Mittel und Zweck gewesen, die Bevölkerung zu spalten, von entwicklungsrelevanten Themen abzuhalten und ein Feindbild aufzubauen. Diese Feindbilder dienen nur allzu gut zur Rechtfertigung der Beschränkung von Frauen- und Menschenrechten, der Verfolgung von Minderheiten und dem Machterhalt von Eliten und Militär.

*Economist 13.6.2014*

*Irrawaddy 7.3.2014*

### Hilfe im Zwiespalt

Nach Jahren drastischer Sanktionen gegen Burmas Generäle verfolgen die europäischen Regierungen nun den Ansatz ›Fördern und Fordern‹, doch lassen die Forderungen in Sachen Menschenrechte sehr nach. Mit Blick auf das immense Potential für Investitionen und einem noch im Entstehen

begriffenen Markt fällt es offenbar schwer, Werte wie Rechtsstaatlichkeit und Menschenrechte hoch zu halten. Europas Regierungen stehen im Wettstreit mit China und Burmas Anrainerstaaten um die Gunst der neuen quasi-zivilen Regierung. Kritik wird nun auch am Vorgehen der großen Hilfs-

organisationen laut, die beträchtliche Geldsummen für das Anmieten von Büroflächen ausgeben und oft damit denen Geld in die Taschen schaufeln, die für Burmas Jahrzehnte langes Missmanagement verantwortlich sind.

*Irrawaddy 11.7.2014*